

Beschlussvorlage öffentlich

Vorlage Nr.: BV/049/2016

Federführung: Dezern	at I		Dati	ım:	04.10.2016		
Bearbeiter: Ralf De			Date		01.10.2010		
		Sichtvermerke					
Beratungsfolge		Termin					
Kreistag		02.11.2016					
Bestimmung von zwei Vertreterinnen/Vertretern des Landkreises und Berufung weiterer Vertreter für den örtlichen Beirat gem. § 18 d SGB II und Stellvertreterinnen/Stellvertretern Beschlussvorschlag:							
Mitglied: Stellvertreter/in:							
1)							
2) 2)					_		
3) Berufung folgender weiterer Vertreter/-innen							
					_		
Finanzielle	Im Haushaltsplan	Über					
Auswirkungen (brutto) ⊠ nein □ja	enthalten □nein □ ja		rplanmäßige				
Einmalige Kosten		Inves	bereitstellung tiv		Unterschrift		
Laufende Kosten		111063	LI V	Ш	S. Itoroomint		
Drittmittel (Zuschüsse)		Ergel	oniswirksam				

BV/049/2016 Seite 1 von 2

Institution	Mitglied	Vertreter/in	
Städte- und Gemeindebund	NN	NN	
Arbeitgeberverband Oldenburg	Hauptgeschäftsführer Jürgen Lehmann	Horst-Peter Brenneke	
Kreishandwerkerschaft Ammerland	Kreisgeschäftsführer Holger Ukena	Erwin Niehus	
Landwirtschaftskammer Oldenburg	Matthias Brandner	Hajo Rothe	
Industrie- und Handelskammer	Jürgen Thomas	Heiner Blohm	
Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege	Matthias Benken	Sabine Gräper	
Deutscher Gewerkschaftsbund	Hansgerd Hempen	Dorothee Jürgensen	
Agentur für Arbeit, Bad Zwischenahn	Kevin Schmidt	Axel Waschke	
Sozialdezernent Landkreis Ammerland	Ingo Rabe	Dr. Thomas Jürgens	

Sachverhalt:

Durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende wurden verschiedene Regelungen insbesondere zu den Nachfolgeorganisationen der Arbeitsgemeinschaften zwischen Bundesagentur für Arbeit und Kommunen getroffen (ARGEn). Teilweise wurden diese Regelungen auch für zugelassene kommunale Träger wie den Landkreis Ammerland (Optionskreise) übernommen.

Dies gilt auch für die nunmehr verbindliche Einrichtung eines örtlichen Beirates nach § 18 d SGB II. Der Beirat berät bei der Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente- und Maßnahmen. Mitglieder des Beirates sollen Beteiligte des örtlichen Arbeitsmarktes sein. Anbieter von Eingliederungs-leistungen dürfen nicht Mitglied des Beirates sein. Der Beirat ist ein ausschließlich beratendes Gremium und hat keine Entscheidungsbefugnisse, ersetzt somit auch nicht die politischen Gremien des Landkreises. Seine konkrete Zusammensetzung ist nicht vorgegeben.

Der Geschäftsbereich Arbeit bereitet die Beratungen des Beirates vor und lädt zu den Sitzungen ein. Die dem Geschäftsbereich Arbeit zugeordneten Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt nimmt ebenfalls an den Sitzungen des Beirates teil.

Soweit eine Benennung noch nicht erfolgt ist, wird diese in einer der nächsten Sitzungen nachgeholt.

BV/049/2016 Seite 2 von 2